Leben in der Parallelgesellschaft

Die Winterthurer Katholiken lebten lange mitten in der Stadt und blieben doch unter sich. Eine 91-jährige Zeitzeugin erinnert sich.

MIRKO PLÜSS

Fronleichnamsprozession von 1920: Das katholische Leben konzentrierte sich früher im Neuwiesenquartier. Bild: pd

Wenn Margrit Späni in ihrer Kindheit in den 30er-Jahren zum Einkaufen geschickt wurde, wusste sie genau, wo sie hinzugehen hatte. «An der Wartstrasse hinter dem Hauptbahnhof konzentrierten sich die katholischen Geschäfte: Bäckerei, Metzgerei, die Konsumgesellschaft Konkordia. Hier deckten sich die Katholiken für ihren täglichen Bedarf ein», erinnert sich Späni. «Nur im Notfall kaufte man bei den Reformierten ein.» Die Episode ist nur ein Beispiel dafür, wie die katholische Gemeinde Winterthur laut Späni über lange Zeit als «Parallelgesellschaft» in der protestantischen Umgebung funktionierte. Mitten in der Stadt habe die religiöse Minderheit sich bestens eingerichtet, erzählt die rüstige und rege Rentnerin und fügt hinzu: «Die katholische Gemeinde war mir Heimat und Familie zugleich.»

Vereine für jede Situation

So fühlten auch viele andere Katholiken, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem aus der Innerschweiz und aus Süddeutschland nach Winterthur kamen. Der Kitt, der die Alteingesessenen und die Zugezogenen neben dem gemeinsamen Glauben zusammenhielt, bestand aus einer dichten Vereinsstruktur. Margrit Späni erinnert sich noch genau an die verschiedenen Organisationen: «Da waren der Blauring, der Frauen- und Töchterverein, die Jungmannschaft, der Turnverein, Fürsorgeeinrichtungen und mehrere Studentenverbindungen.» Für fast jede Lebenssituation des katholischen Lebens habe es einen entsprechenden Verein gegeben.

Margrit Späni: «Damals kauften wir nur im Notfall bei Reformierten ein.» Bild: pag

Auch die Vereinstätigkeit konzentrierte sich auf die Wartstrasse. Die Winterthurer Katholiken trafen sich im Lokal Neuwiesenhof, das aktuell an eine Freikirche vermietet ist. «Die Linken nannten den Neuwiesenhof ‹Vatikan›, wir bezeichneten im Gegenzug das Volkshaus scherzhaft als ‹Kreml›», sagt Späni. «Auf der grossen Bühne fanden Theateraufführungen und Vorträge statt.» Es sei für lange Zeit der einzige Ort in Winterthur gewesen, an dem auch für Katholiken Unterhaltung und Bildung geboten wurden.

Neid auf die Reformierten

Ebenfalls im Neuwiesenhof untergebracht war zu dieser Zeit der katholische Kindergarten. In dieser sogenannten «Kleinkinderschule» wurden die Kinder teils schon im Alter von vier Jahren betreut und in die katholische Gemeinde integriert. Auch Margrit Späni besuchte die von Ordensschwestern aus dem Kloster Baldegg geführte Einrichtung. In der Volksschule wurde Späni im Gegensatz zu ihren reformierten Mitschülern auch in der Lektüre des Katechismus unterwiesen. Dieses Handbuch, eine Art Frage-Antwort-Katalog des christlichen Glaubens, gehörte damals noch zum Pflichtstoff im katholischen Religionsunterricht.

In Frage gestellt hat Margrit Späni diese strengen Unterweisungen erst später, als sie eines der ersten katholischen Mädchen war, die das Gymnasium besuchten. In der Kantonsschule

KATHOLISCH

HISTORISCHE **TEXTE**
zum 150-Jahr-Jubiläum der Katholiken in der Stadt Winterthur

Im Lee traf sie auf reformierte Klassenkameradinnen, die kurz vor der Konfirmation standen. «Damals empfand ich das erste Mal einen gewissen Neid», erinnert sich Späni. Die Reformierten hätten in der Auslegung ihres Glaubens eine grosse Freiheit besessen. «Ich hingegen wähnte mich oft im Besitz der absoluten Wahrheit.»

Katholisches Schwimmverbot

Als Aussenseiterin habe sich Späni aber während ihrer ganzen Schulzeit nie gefühlt: «Das Klima war sehr tolerant und ich hatte wohl auch Glück mit den Lehrern, denn zu dieser Zeit gab es in ganz Winterthur nicht eine katholische Lehrperson, das wäre damals nicht möglich gewesen.» Zu spüren bekamen die katholischen Jugendlichen ihr religiöses Anderssein aber, als der katholische Pfarrer Anton Mächler 1935 die Weisung herausgab, dass der Schwimmunterricht von Mädchen und Jungen fortan getrennt erfolgen müsse. Späni konnte diesen Entscheid nie nachvollziehen: «Dieses Verbot war selbst für jene Zeiten sehr streng. Aber die Väter setzten es in den Familien durch. Für die Jungen war es ein sehr harter Verzicht.»

Keine Hochzeit am Samstag

Auch sonst führte Mächler seine Gemeinde mit harter Hand. Von den Gläubigen wurde viel Opferbereitschaft verlangt. Die Messen, notabene auf Lateinisch, wurden noch mit dem Rücken zu den Besuchern gehalten, gepredigt wurde von der Kanzel und Hochzeiten an einem Samstag wurden vom Pfarrer nicht vorgenommen. Laut Margrit Späni war Mächler zwar streng, aber auch eine «enorm wichtige Vaterfigur» für die Gemeinde: «Vor allem er war es, der uns allen eine Heimat gab.»

Bei der 91-Jährigen überwiegen also klar die schönen Erinnerungen an jene Tage, als die religiöse Ökumene in Winterthur noch undenkbar war. Und obwohl Margrit Späni mit der kirchlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten nicht immer zufrieden war, merkt man ihr den Stolz an, ein Teil der besonderen Geschichte der katholischen Kirche Winterthurs zu sein.

SVP will Parkplätze statt Frohsinn-Park

In einer Mitteilung bedankt sich die SVP Wülflingen bei Bruno Stefanini «für die Schenkung seines Liegenschaftenanteils auf dem Frohsinn-Areal in Wülflingen». Die Kreispartei ist der Meinung, dass es auf dem Platz neben dem Gebäude «weder einen Park noch eine Begegnungszone braucht», in Wülflingen müsse niemand weit gehen, um im Grünen zu sein. Die SVP wünscht sich vielmehr einen «multifunktionalen» Platz: für den Wülflinger Markt am Samstag, «unter der Woche für kostenpflichtige Parkplätze». Fahrzeuglenker von den weiter entfernten Wülflinger Teilen wie Neuburg, Rumstal oder Lantig sollen Parkkarten bekommen. Die übrigen Parkplätze sollen dem lokalen Gewerbe dienen, nicht mehr Auswärtigen wie heute. *(mgm)*

Preis für Boilerroom

Die Bar im ehemaligen Sulzer-Kesselhaus hat beim «Best of Swiss Gastro»-Award den ersten Rang in der Kategorie «Bar & Nightlife» erreicht vor dem «Club Seventy7» in Ascona und dem Volkshaus Basel. Der Preis wird in neun Kategorien vergeben von Activity über Coffee, Classic, Gourmet bis Outdoor und Trend. Bedingung für die Teilnahme ist, dass das Lokal jünger als drei Jahre ist oder das Konzept wesentlich verändert wurde. Über die Rangierung der 164 prämierten Lokale dieses Jahres entschieden eine Fachjury und ein Voting. Eine Begründung für die Wahl gibt es nicht, doch am «Boilerroom» gefallen offenbar die Holzbar und die alten Kohlesilos über den Köpfen der Gäste. Den Preis gibt es seit bald zehn Jahren unabhängig vom Branchenverband Gastro Suisse. *(mgm)*

Junge Täter gestellt: Diebin und Dealer

Die Stadtpolizei hat gestern zwei Verhaftungen junger Täter am Freitagnachmittag gemeldet. Beide seien gegenüber der Polizei geständig. Eine 21-jährige Bulgarin soll in einem Schuhgeschäft ein Portemonnaie aus einer Tasche gestohlen haben. «Dank einem guten Signalement» habe man sie wenig später festnehmen können.

Am Lindenplatz in Wülflingen stellten Stadtpolizisten um 15 Uhr einen 18-jährigen Schweizer «wegen des dringenden Tatverdachts des Betäubungsmittelhandels». In seinen Effekten fanden die Polizisten laut Mitteilung «mehrere Portionen Marihuana». *(mgm)*

GENERAL-VERSAMMLUNG

517 Teilnehmer an 48 Touren

Zehn Jahre lang war Fritz Renold zusammen mit seiner Tochter Mirjam Renold für die Vereinszeitschrift «Berg frei» der Naturfreunde Winterthur verantwortlich. An der Generalversammlung am letzten Freitag wurde das Redaktionsduo von Präsident Marcel Frank verabschiedet. Abgelöst werden sie durch Simone Schmid. Tourenchefin Marlies Tschanen blickte auf 48 Wanderungen mit 517 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie auf 13 weitere Anlässe mit 221 Anwesenden zurück. Dank Spenden, Spesenverzicht und einem Beitrag aus der Albanifest-Kasse kann der Vereinsbeitrag auf bisheriger Höhe (100 Franken für Familien und Paare, 70 Franken für Einzelmitglieder) belassen werden. 2014 wird der Betrag erhöht, weil der Landesverband die Ausbildung der Wanderleiterinnen und -leiter forciert, wie Hans Imhof, Präsident der Naturfreunde Schweiz, in seiner Grussbotschaft an der Winterthurer GV ankündigte. *(red)*

Nach dem Polizeieinsatz folgt die Rechnung

Wer fahrlässig oder mit Vorsatz einen Polizeieinsatz auslöst, soll künftig dafür zahlen müssen. Der Stadtrat setzt einen Vorstoss bürgerlicher Kreise um, warnt aber vor zu hohen Erwartungen.

Ziemlich genau ein Jahr ist es her, seit der Gemeinderat einen Vorstoss überwies, der verlangte, das Verursacherprinzips sei auch im Polizeiwesen anzuwenden. Wer grobfahrlässig oder vorsätzlich einen Polizeieinsatz auslöse, solle dafür finanziell geradestehen müssen. Wie viel welcher Einsatz koste, solle der Stadtrat in einem separaten Gebührenreglement regeln.

Ausgedacht hat sich das SVP-Gemeinderat Rolando Keller, der als Dienstchef der Rapportkontrolle der Stadtpolizei tagtäglich sieht, welche Taten wie viel Polizeiarbeit auslösen. Er fand im Parlament eine Mehrheit, nachdem er seinen Vorstoss zurückgestuft respektive von einer Motion in ein Postulat verwandelt hatte. EVP und GLP verhalfen den Bürgerlichen zur nötigen Stimmenzahl – zum Ärger insbesondere der Grünen, die sich über «diesen kompletten Unsinn» mokierten.

Nur in Einzelfällen anwendbar

In dem jüngst veröffentlichten Bericht zum Postulat spricht sich nun auch der Stadtrat für das Verursacherprinzip im Polizeiwesen aus. Und er lässt wissen: Die Erarbeitung eines Gebührenreglements sei bereits in die Wege geleitet. Gleichzeitig dämpft der Stadtrat aber die Erwartungen. Von Rechts wegen sei eine Kostenauflage nämlich nur dann möglich, wenn sich die Verursacher eines Polizeieinsatzes nicht strafbar machen. Eine nächtliche Prügelei mit Verletzten beispielsweise fällt nicht in diese Kategorie und ebenso wenig ein Rammbockeinbruch. Weil diese Fälle eine Strafverfolgung nach sich ziehen, sind die Untersuchungsbehörden zuständig, sprich die Staatsanwaltschaft. Diese kann, eine Verurteilung vorausgesetzt, von Tätern zwar ebenfalls eine Entschädigung verlangen. Solche Ersatzforderungen liegen aber ausserhalb des Einflussbereiches des Stadtrats.

Die anderen Fälle, in denen die Polizei in Zukunft von sich aus eine Rechnung verschicken wird, sind eher selten. Das wird schon aus dem Beispiel deutlich, das der Stadtrat dazu gibt: Wenn jemand durch «nicht ernst gemeinte Hilferufe» einen Polizeieinsatz auslöse, dann könne man ihm diesen verrechnen. In der Praxis tatsächlich eine Rolle spielen könnte das Verursacherprinzip hingegen im Kontext von Veranstaltungen. Löst eine kommerzielle Party einen ausserordentlichen Polizeieinsatz aus, zum Beispiel eine «umfangreiche Verkehrsregelung», könne der Organisator zur Kasse gebeten werden, schreibt der Stadtrat in seinem Bericht.

Wie die Gebührenordnung für die Verrechnung von Polizeieinsätzen aussehen und was sie einschliessen wird, ist noch offen. Dafür gibt es erst wenige Vorlagen in der Schweiz. Eine davon ist die Verordnung über die Gebühren der Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden. Weil die rechtlichen Rahmenbedingungen im Halbkanton andere sind als in der Stadt Winterthur, ist der Vergleich nur unter Vorbehalt möglich.

Einfacher Rapport: 50 Franken

Dennoch sei hier kurz aus dem Reglement zitiert: Für einen einfachen Rapport ohne weitere Abklärungen stellt die Polizei in Appenzell Ausserrhoden 50 Franken in Rechnung. Ein Drogenschnelltest, wenn er denn positiv ausfällt, kostet 80 Franken. Und muss die Polizei wegen häuslicher Gewalt ausrücken, wobei sich die Lage bereits wieder beruhigt hat und keine Wegweisung nötig ist, kostet das 150 Franken. *(mcl)*